

## **Die SPD gefährdet den eigenen Markenkern**

Finanzrahmengesetz trifft vor allem Schwächere und könnte der sozialen Kompetenz der Partei schaden

Für den 3. November hat die Hamburger SPD-Führung eine "Fachkonferenz Haushalt" anberaumt. Das wird eine Wochenend-Veranstaltung speziell für die Parteibasis sein. Die "vor Ort" tätigen Genossinnen und Genossen sollen auf die stringente Haushaltspolitik des Senats eingeschworen werden. Zwar regiert die SPD mit der absoluten Mehrheit der Mandate und kann durchsetzen, was sie für richtig hält. Aber so einfach ist die Lage nicht. Fraktionschef Andreas Dressel gab auf der kürzlichen SPD-Klausur in Boltenhagen zu Protokoll: "Jedem ist klar, dass der Weg der Schuldenbremse kein Spaziergang ist." Tatsächlich reicht die Frontlinie des Widerstands gegen den Sparkurs des Senats bis in die SPD-Gliederungen. Regierungs- und Parteichef Olaf Scholz, Finanzsenator Peter Tschentscher und Fraktionschef Andreas Dressel werden ihre Haushaltspolitik als politisch alternativlos verteidigen, und sie werden sich damit durchsetzen. Alles andere wäre ein Schlag ins Kontor der sozialdemokratischen Regierungsfähigkeit.

Aber mittlerweile hat sich ein breites Bündnis aus Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Dachverbänden formiert, dem mit der SPD-Parteiräson eben nicht beizukommen ist. Dieses "Bündnis gegen Rotstift", das politisch von der Linkspartei flankiert wird, lehnt die ganze Richtung der SPD-Haushaltspolitik ab. Also: Wenn man die Schuldenbremse schon nicht kippen kann, weil sie im Grundgesetz verankert ist, dann wenigstens weg mit dem gerade vom Senat beschlossenen Finanzrahmengesetz, das Ausgabenobergrenzen für die Haushaltsjahre bis 2020 festlegt. Während die SPD darin einen "Meilenstein" auf dem Weg zur Haushaltskonsolidierung sieht, beklagt das Bündnis die damit verbundene "Zementierung", die keinerlei Spielräume mehr zulasse. Kürzen müsse die Stadt als Konsequenz daraus "bei denen, die den Staat dringend brauchen. Das ist eine ungerechte und unsoziale Politik und das Gegenteil von dem, was die SPD versprochen hat", so Klaus Wicher, der Landesvorsitzende des Sozialverbands Deutschland e.V. Sieglinde Fries, Fachbereichsleiterin Bund, Länder und Gemeinden in der Gewerkschaft Ver.di, geht noch einen Schritt weiter: "Wenn der Hamburger Senat sich ... einen Zehnjahres-Sparplan verordnet, dann stimmt er im Großen und Ganzen einer neoliberalen Werthaltung zu und setzt sie in Hamburg um." Das sind bittere Vorwürfe.

Das Bündnis verlangt einen kompletten Paradigmenwechsel: Nicht ein rigoroser Sparkurs sei das Gebot der Stunde, sondern eine rasch wirksame, konsequente Politik der Einnahmeverbesserungen. So müsse zum Beispiel der Steuervollzug in der Hansestadt dringend verbessert werden. Das ist eine Forderung, die auch in der SPD auf erhebliche Resonanz stößt, und der Finanzsenator kann sie nicht einfach vom Tisch wischen. Denn der umstrittene Ankauf von CDs mit den Daten von mutmaßlichen Steuerhinterziehern, an dem Hamburg sich bislang anteilig beteiligt, führt zu einer anhaltenden Welle von Selbstanzeigen und sprudelnden Einnahmen durch Nachversteuerungen: Von Anfang 2010 bis Juli 2012 meldeten sich 879 Steuerpflichtige, im Schnitt einer pro Tag, bei ihren Finanzämtern und legten 335 Millionen Euro Kapitalerträge offen. Das ergab 60 Millionen Euro Mehreinnahmen für den Fiskus in

## DIE WELT

9.10.2012 - von Uwe Bahnsen

der Hansestadt, Tendenz steigend. Vergleicht man diese Zahl mit den vergleichsweise geringen Ansätzen, um die etwa im Sozialhaushalt erbittert gestritten wird, zum Beispiel in der offenen Kinder- und Jugendhilfe und in der Familienförderung, so wird deutlich: In diesen Zahlen steckt haushaltspolitischer Sprengstoff, auch innerparteilich. Angesichts solcher massiven Lücken im Steuervollzug liegt das nachvollziehbare Argument auf der Hand: Der Senat solle erst mal dafür sorgen, dass der Staat die ihm unzweifelhaft zustehenden Steuern auch tatsächlich erhält, bevor er bei denen kürzt, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind.

Der springende Punkt ist: Der Senat ist nicht bereit, zusätzliches Steueraufkommen für eine Abfederung seines Konsolidierungsprogramms heranzuziehen - ganz gleich, ob es sich um konjunkturelle, steuerstrafrechtliche oder sonstige Mehreinnahmen handelt. Nicht mal die im Rahmen des Fiskalpakts vereinbarte Übernahme bestimmter Soziallasten durch den Bund wird dafür eingesetzt. Regierungspartei und Senat verweisen stets auf die Schuldenbremse als Begründung für die Kürzungen, die als "Anpassung der Ausgaben" daherkommen. Aber die SPD wird sich darauf einrichten müssen, dass diese Argumentation an Überzeugungskraft verliert, je länger sie vorgetragen wird.

Die zentrale Prämisse der sozialdemokratischen Haushaltspolitik besagt: Damit die Hansestadt die Schuldenbremse ab 2020 einhalten kann, dürfen bis dahin die Ausgaben nur um höchstens ein Prozent steigen. Das Problem ist nur: Wie sich zeigt, halten sich wirklich zu Buch schlagende Ausgabenblöcke nicht an diese Vorgabe - weder die Sozialausgaben noch die Tarife des öffentlichen Dienstes. Da rund 70 Prozent der im Haushalt vorgesehenen Ausgaben auf festgelegten Verpflichtungen beruhen, muss der Rotstift in den übrigen Bereichen umso mehr streichen. Das ist das hausgemachte Dilemma der SPD. Finanzexperten, so die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PriceWaterhouseCoopers, bestreiten die Notwendigkeit der Ein-Prozent-Vorgabe und haben errechnet, dass auch eine fast dreiprozentige Steigerungsrate der Ausgaben die Einhaltung der Schuldenbremse ab 2020 ermöglichen würde.

Am 17. November, zwei Wochen nach dem Konklave für die Parteibasis, wird sich die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf einer Klausurtagung mit dem Haushalt und mit ihren Anträgen beschäftigen. Es wird so sein, wie es immer war: Damit sie auf eine eigene Handschrift im Etat verweisen kann, wird die Fraktion den Haushaltsentwurf des Senats etwas abändern, und das hat die Finanzbehörde als parlamentarisches "Spielgeld" bereits einkalkuliert. Aber den Paradigmenwechsel, den das "Bündnis gegen Rotstift" fordert, den wird es nicht geben. Und auch die Opposition hat kaum Spielraum: Die CDU propagiert die Schuldenbremse schon ab 2015. Und die Grünen und die FDP haben mit der SPD die Verankerung der Schuldenbremse ab 2020 auch in der Hamburger Verfassung durchgesetzt und werden nun die Konsequenzen mittragen müssen. Mitte Dezember, wenn das Zahlenwerk im Parlament beraten und verabschiedet wird, kommt es zum Schwur. Der Haushalt steht nicht auf dem Spiel. Aber die soziale Kompetenz der SPD kann nachhaltig Schaden nehmen. Für einen einstelligen Millionenbetrag an besonders umstrittenen Kürzungen im Sozialetat gefährdet die Partei ihren Markenkern. Das macht vielen Mitgliedern zu schaffen.